Nr. 264. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rosner in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 12. Juli 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. Ihre Majestät die **Kaiserin und Königin Augusta** hat, nach der Münchener „Allgem. Ztg.", als Protektorin des deutschen Frauenverbandes folgendes Handschreiben an den General-Sekretär des **baierischen Frauenvereins**, Oberst a. D. Kriebel, gerichtet:

„Ich habe den Jahrenbericht des baierischen Frauenvereins nicht ohne die wehmüthige Empfindung des schmerzlichen Verlustes seiner hohen Protektorin entgegennehmen können. Das gesegnete Andenken der Heimgegangenen wird in dem Verein, dessen Thätigkeit ihrem Schutze anvertraut war, sich bewahren, wie es in den Herzen aller derer fortlebt, die ihre Ergebung in schwere Prüfung gesehen und ihre Güte erfahren haben.

Koblenz, den 4. Juli 1889.

Augusta."

— Die Angriffe gegen das **Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz** richteten sich u. A. auch gegen die **Niedrigkeit der Rente**. Sie sollte zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sein, wie ein oftgehörter Ausspruch lautete, und manch ebenso billiger als frivoler Spott über diese „Rentner" war in den fortschrittlichen Blättern zu lesen. Dem gegenüber ist eine Aeußerung des Abg. Hitze vom Zentrum, welche derselbe in einem Düsseldorfer Verein gethan, von großem Interesse. Er bemerkte: „Die Invalidenrente ist wirklich eine Wohlthat für den Arbeiter. Wenn ein alter Vater eine Rente von 200 bis 450 Mark zu bekommen hat, wird er den Kindern sehr willkommen sein. Sie werden sich darum schlagen, wer ihn zuerst zu sich nehmen soll. Für den alleinstehenden Mann ist es ja gewiß zu wenig, es ist ein Bettelgeld, aber er wird doch anders angesehen, als wenn er gar nichts hat." Herr Hitze hat selbst gegen das Gesetz gestimmt und auch jetzt noch zahlreiche Ausstellungen daran zu machen, aber er ist ein Mann, der die Arbeiterverhältnisse kennt und sich berufsmäßig mit ihnen beschäftigt. Sein Zeugniß über das, was man wohl als die Hauptsache des ganzen Gesetzes bezeichnen darf, ist daher von bedeutendem Gewicht. Es deckt sich vollständig mit dem, was auch die Freunde des Gesetzes über die Wohlthaten dieser, wenn auch bescheidenen Renten, geltend machten.

— Von der **österreichischen Grenze** schreibt man der „Nat.-Ztg." vom 11.: Man ist in Oesterreich, das sich als erste katholische Macht fühlt, besonders empfindlich für Alles, was den heiligen Stuhl betrifft. Die Nachricht nun eines Hamburger Blattes, daß der **Papst** ernstlich mit Spanien darüber unterhandle, seine Reise nach **Valencia** zu verlegen und dort für den Stuhl Petri ein souveränes Gebiet zu gewinnen, hat denn hier nicht geringes Befremden und, da man über die Sache genau unterrichtet ist, spöttisches Achselzucken hervorgerufen. Schon das in Ihrem Blatte abgedruckte Telegramm aus Wien berichtete, wie sich die Sache verhält. Thatsächlich haben Pourparlers zwischen Rom und der spanischen Regierung stattgefunden, welche aber keineswegs eine augenblickliche Uebersiedelung des Papstes im Auge haben, sondern sich ausschließlich mit der Frage beschäftigen, was denn im Falle eines europäischen Krieges zu geschehen habe, zumal dann, wenn die italienische Regierung nicht stark genug sein sollte, die in dem Garantiegesetze verbürgten Sicherheiten für den Papst aufrecht zu erhalten. Eine Königin von den katholischen Traditionen Donna Christinas und eine im Grunde doch konservative Regierung, wie die Sagasta's, konnten nicht umhin, zu erklären, daß es Spanien für eine Pflicht und für eine Ehre halte, in einem solchen Falle dem heiligen Vater Gastfreundschaft zu gewähren. Unrichtig ist dagegen, daß der Papst augenblicklich an eine Uebertragung seines Sitzes nach Spanien denke, denn Leo XIII. ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß die Rückkehr schwerer sein würde, als die Abreise. Es giebt zwar im Vatikan Fanatiker, welche darauf hinweisen, daß, so oft der Papst von Rom vertrieben worden sei, er nur mit größeren Ehren seine Rückkehr gefeiert habe. Doch die Zeiten, in denen dies stattfand, sind vorüber. Die italienische Regierung würde, da sie schließlich einen bestimmten Entschluß des Papstes zu erschüttern nicht die Macht hätte, nichts dagegen thun, wenn der Papst heute Italien verließe. Sie würde sich den Anschein geben, als ob ihr das Bleiben oder das Gehen des heiligen Vaters gleichgültig sei. Thatsächlich aber denkt kein ernster Staatsmann so obenhin über die wichtige römische Frage. Würde Leo XIII. wirklich Rom verlassen, woran er jedoch, wie gesagt, nicht denkt, so würden gewiß jene radikalen Elemente, die jetzt von der italienischen Regierung mühelos niedergehalten werden, an Macht gewinnen und vielleicht würde dann keine Regierung in Italien stark genug sein, um das **Papstthum wieder nach Rom zurückführen** zu können. So sind denn die Verhandlungen zwischen Rom und Madrid, sofern sie nicht ein Schreckschuß gegen die italienische Regierung sein sollten, blos akademisch geführt worden. Mit dem europäischen Kriege hat es ja vor der Hand seine guten Wege und damit auch für die Fassung des folgenschwersten Entschlusses, welcher einem römischen Papste je vorliegen kann.

Posen, 10. Juli. Nach einem Beschluß des Staatsministeriums soll die Prüfung der Hülfsgesuche von Grundbesitzern, welche durch die Ueberschwemmungen im Frühjahr d. J. geschädigt worden sind, genau in derselben Weise erfolgen, wie es im Jahre 1888 geschehen ist. Die hiernach von den einzelnen Kreisen zu wählenden **Nothstands-Kommissionen** haben dabei nach den im Gesetze vom 13. Mai 1888 gegebenen Direktiven zu verfahren. Es wird indeß ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die zu gewährenden Unterstützungen in diesem Jahre nur aus den beschränkten Mitteln des Extraordinariums des Staatshaushaltsetats bestritten werden können, und daß die Kommissionen demnach ihre befürwortende Begutachtung auf diejenigen Fälle dringender Noth zu beschränken haben werden, in denen die Erhaltung der Geschädigten im Haus- und Nahrungsstande ohne eine staatliche Unterstützung unmöglich erscheint. Die für den Stadtkreis Posen zusammentretende Nothstandskommission besteht aus vier vom Magistrate und acht von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitgliedern der Bürgerschaft.

— Die feierliche Enthüllung des bereits im vorigen Frühjahr fertiggestellten **Provinzial-Krieger-Denkmals** soll nach einem Beschlusse des Denkmalkomitees am 19. September d. J. stattfinden. Das Denkmal, ein Bronzestandbild weiland des **Kaisers Wilhelm** I. auf Marmorunterbau, ist von dem Bildhauer Bärwald-Berlin entworfen und ausgeführt worden. Als ursprünglicher Tag der Enthüllung war der 18. Juni v. J. in Aussicht genommen. Damals wegen der durch den Tod des Kaisers Friedrich eingetretenen Landestrauer verschoben, konnten die Enthüllungsfeierlichkeiten, mit denen ein Provinzial-Landwehrfest verbunden werden soll, auch in diesem Jahr bisher nicht abgehalten werden, da die Techniker, denen der Neubau des General-Kommando-Gebäudes übertragen ist, die Besorgniß aussprachen, die Vorbereitungen zur Enthüllung des vor dem General-Kommando aufgestellten Denkmals und die Enthüllung selbst würden ihnen die rechtzeitige, vertragsmäßige Fertigstellung des Gebäudes unmöglich machen. Da die Manöver des 5. Korps erst am 14. September ihr Ende erreichen und die Anwesenheit des Militärs unbedingt erforderlich erscheint, war man somit in diesem Jahrr genöthigt, die Enthüllung bis in den Herbst zu verschieben.

Gumbinnen, 10. Juli. Der **Minister des Innern** traf, der „Pr. Litt. Ztg." zufolge, gestern Abend in Begleitung des Oberpräsidenten Dr. **v. Schlieckmann** hier ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Regierungspräsidenten Steinmann, Geheimrath Burchard und dem stellvertretenden Bürgermeister Rose empfangen. Heute früh brachte unsere Militärkapelle dem Minister eine Morgenmusik. Vormittags fand der Besuch des Hauptgestüts zu Trakehnen und die Besichtigung des Grenzüberganges bei Eydtkuhnen statt. Im Laufe des Nachmittags nahm der Herr Minister die Vorstellung der städtischen und staatlichen Behörden entgegen, bei welcher Gelegenheit allgemein die Liebenswürdigkeit und Leutseligkeit Sr. Excellenz den angenehmsten Eindruck machte.

Kiel, 10. Juli. Die Schiffsjungen-Briggs „**Rover**" und „**Musquito**" sind von Kiel in See gegangen. „Musquito" wird zunächst nach Sonderburg gehen und dort bis zum 16. Juli verbleiben. Dann soll die Reise nach Neustadt angetreten werden, wo das Schiff bis zum 25. Juli bleibt, um hernach nach Swinemünde zu segeln. „Rover" begiebt sich direkt nach Swinemünde. Vom 27. Juli bis 5. August werden beide Schiffsjungen-Briggs dort gemeinschaftlich Uebungen vornehmen. Dann wird „Rover" nach Danzig in See gehen; „Musquito" bleibt bis zum 12. August in Swinemünde und trifft mit „Rover" in Danzig wieder zusammen, wo beide Schiffe bis zum 2. September bleiben. Am 3. September tritt die Brigg die Reise nach Kiel an; hier findet nach dem etwas späteren Eintreffen der Brigg „Musquito" die Herbstbesichtigung durch den kommandirenden Admiral bezw. den Stationschef und dann die Außerdienststellung der Schiffe statt.

Beide Torpedoboots-Divisionen sind von Kiel in See gegangen.

Oldenburg. Zur Feier des Geburtstages des **Großherzogs** am 8. Juli war, wie der „Reichs- und Staats-Anz." meldet, die Stadt festlich geschmückt; am Abend vorher fand großer Zapfenstreich statt. Der Großherzog erließ an den Staatsminister Ruhstrat folgendes Handschreiben:

„In Veranlassung meines Geburtstages sind mir heute aus allen Theilen des Großherzogthums viele Glückwünsche zugekommen von Gemeinden, von Vereinen, Festversammlungen und einzelnen Personen. Diese vielfachen Beweise von Liebe und Anhänglichkeit haben mich sehr erfreut. Leider ist es aber unmöglich, allen Einzelnen eine Erwiderung zugehen zu lassen; ich bitte Sie daher, diesen meinen herzlichen Dank öffentlich bekannt zu machen."

— In **München** unternahmen, wie wir aus der „Allg. Ztg." ersehen, am Mittwoch der preußische Reservelieutenant v. Sigsfeld und der baierische Premierlieutenant Brug eine **Luftballonfahrt zu wissenschaftlichen Zwecken.** An der Fahrt betheiligten sich ferner der Premierlieutenant Kollmann und der Lehrer an den königl. baierischen Militär-Bildungsanstalten Dr. Peter Vogel. Die Fertigstellung des Ballons, welcher mit 1500 Kubikmetern Leuchtgas gefüllt wurde, erfolgte auf einem Platze neben dem Gasometer der Gasfabrik am Ostbahnhof. Die Fesseln des Luftballons waren Militärmannschaften anvertraut. Ein sehr zahlreiches Publikum sammelte sich um den Ballon und die Gondel, sowie um die zur Anstellung wissenschaftlicher Versuche bestimmten Instrumente. Als die Zurüstungen im vollen Gange waren, erschien der Prinz-Regent, welcher Herrn v. Sigsfeld und die anderen Herren sich vorstellen ließ. Ferner fanden sich Herzog Ludwig, der Inspekteur des Ingenieurkorps General von Fries, Generalmajor Popp, Generalmajor von Malaisé und andere Generale, die Flügeladjutanten des Prinz-Regenten und eine sehr große Zahl von Stabs- und Subalternoffizieren, Polizeipräsident Dr. v. Müller, Bürgermeister Dr. v. Widenmayer, der greise Universitätsprofessor Dr. v. Schafhäutl und andere Würdenträger ein. Die Füllung beanspruchte nur einige Minuten; ebenso vollzog sich die Befestigung des Korbes, die Erprobung der Festigkeit und Tragkraft in sehr kurzer Zeit. Die Zurüstungen leitete Herr v. Sigsfeld. Versuchsballons wiesen dem Luftballon den Weg nach Westen in wolkenlosen Höhen bei sehr günstiger Luftströmung. Fünf Minuten vor 9 Uhr gab Premierlieutenant Brug das Kommando „Los" und der Ballon hob sich kerzengerade zur Fahrt (es brauchte nur ein Sack Ballast entleert zu werden), unter den lebhaftesten Abschiedsbezeugungen des Publikums. Seine Fahrt nach dem Westen konnte mit freiem Auge gegen 20 Minuten lang verfolgt werden. Es wurden sechs Brieftauben mitgenommen. Eine große Zahl von meteorologischen Beobachtungsstationen wird zur Zeit der Fahrt des Ballons Messungen vornehmen, mit welchen die Messungen des Ballons verglichen werden sollen.

Straßburg, 8. Juli. Nach den in neuerer Zeit stattgefundenen amtlichen Erhebungen zu schließen, scheint es in der Absicht der Postverwaltung zu liegen, in denjenigen Ortschaften, welche Postagenturen besitzen und auch gleichzeitig Eisenbahnstationen sind, wenn irgend angänglich, die **Postbureaus in die Bahnhofs-Gebäude zu verlegen** und die Bahnhofsvorstände mit der Verwaltung der Postagenturen zu betrauen. Ein solcher Plan läßt sich hier zu Lande um so leichter ausführen, weil Post- und Eisenbahnverwaltung Reichsbehörden sind. Für das Publikum würde diese Einrichtung auch insofern angenehm sein, weil der Eisenbahnbeamte als solcher regelmäßig seine Bureaustunden pünktlich einhalten muß, während es Privatleute, denen die Postagentur übertragen ist, in dieser Hinsicht, besonders in der besseren und arbeitsreichen Jahreszeit, manchmal nicht allzu genau nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Juli. Heute fand das Delegationsmahl in der Hofburg statt. In den Drahtberichten, die Provinzialblättern darüber zugegangen sind, werden Aeußerungen des Kaisers an verschiedene Delegirte berichtet, worin derselbe seine Befriedigung über den Verlauf der Delegationsverhandlungen äußerte, ferner werden Delegirte namentlich genannt, welche der Kaiser ansprach; dann schließt ein Bericht mit den Worten: „**Graf Apponyi wurde vom Kaiser nicht angesprochen**". Da der Monarch unmöglich mit allen Delegirten eine Unterredung anknüpfen konnte, so ist diese Hervorhebung geeignet, als Aeußerung der kaiserlichen Unzufriedenheit aufgefaßt zu werden. Graf Apponyi hat auch für den Bericht gestimmt, in dem die ungarische Delegation dem Grafen Kalnoky ihr Vertrauen ausdrückt, in der vorausgegangenen Debatte hat er jedoch einige Vorbehalte gemacht, um zu erkennen zu geben, daß seine Zustimmung zu Kalnoky's Politik keine unbedingte ist. Wie gemäßigt er sich jedoch ausgedrückt hat, erhellt aus dem Urtheil der „N. Fr. Pr.", die sich nicht zu Apponyi's Freunden zählt. Das Blatt schreibt:

Man muß der ungarischen Opposition, welche unter Führung des Grafen Apponyi gegenüber dem unbedingten Vertrauensvotum, das der Falk'sche Ausschußbericht in Vorschlag brachte, ihre Vorbehalte machte, das Zeugniß geben, daß sie die Debatte über diesen heiklen Punkt so gedämpft führte, wie es die Rücksicht auf die Wirkung im Auslande und das Interesse der Monarchie nur immer erheischt. Aber das ist auch der einzige Vorzug dieser Debatte. Warum eigentlich **Graf Apponyi und Graf Theodor Andrassy** mit ihrem Vertrauen zur Regierung mehr zurückhalten, als die übrige ungarische Delegation, und was der Gegenstand des dicht in Baumwolle gewickelten Tadels ist, den sie immerhin ausgesprochen haben, darüber werden die Völker der Monarchie in dieser Debatte vergeblich nach einer Aufklärung suchen. Wir haben wohl im Allgemeinen vernommen, daß die ungarische Opposition bezüglich der unleugbaren Wendung zum Schlimmeren, welche die Dinge in Serbien genommen haben, den Grafen Kalnoky von aller Schuld nicht freispricht, und daß diese Delegirten eine etwas schneidigere Orientpolitik, als die des Grafen Kalnoky, vorziehen würden; worin aber der Minister gefehlt hat und was er konkret nach ihrer Meinung hätte veranlassen sollen, darüber sich auszusprechen hat die Opposition sich gehütet, und das Halbdunkel, in welchem die ganze Debatte geführt wurde, kam ihr dabei trefflich zu Statten.

Wien, 11. Juli. Wie das „N. Wiener Tageblatt" meldet, steht die Ernennung des Generalmajors **Albori** zum Statthalter von Triest unmittelbar bevor. Das genannte Blatt findet den Umstand, daß ein General an die Spitze der politischen Verwaltung von Triest tritt, besonders bedeutungsvoll.

Wier, 11. Juli. In Brünn sind heute die Arbeiterführer Sobotka und Palatscheck verhaftet worden. Letzterer gehörte der Abordnung an, welche Graf Taaffe am Sonntag empfangen hatte.

Morgen findet hierselbst vor dem **Landesgericht** der Prozeß gegen die Bediensteten der Irrenanstalt, welche seiner Zeit dem Fürsten **Sulkowski** zur Flucht verholfen hatten, statt.

Prag, 10. Juli. Wie „Narodni Listy" berichten, haben die Vertrauensmänner der **jungczechischen Partei** hinsichtlich der bevorstehenden Neuwahlen in den Prager Stadttheilen und in Smichow der **altczechischen Partei** ein Kompromiß angeboten, und zwar in der Weise, daß in den Wahlbezirken Altstadt und Neustadt, in denen je zwei Abgeordnete zu wählen sind, je ein Altczeche und Jungczeche kandidirt werde. Auf der Kleinseite und in Smichow ist je ein Abgeordneter zu wählen, und es soll in dem einen Wahlbezirke ein Altczeche, in dem anderen ein Jungczeche aufgestellt werden. Danach würden also die Altczechen und die Jungczechen je drei Mandate erlangen. Dieses Kompromißangebot wurde von den Jungczechen Zeithammer (Zeithammer hat nach seiner Niederlage in den Landgemeinden ein Mandat von der Budweiser Handelskammer erhalten) gegenüber gemacht, welcher sich für die altczechische Antwort eine Frist bis Sonnabend Mittag erbat.

Schweiz.

Ueber die **gegen Deutschland** und den **Schweizer Bundesrath** gerichtete sozialdemokratische Demonstration in Bern vom vorigen Sonntag wird der „N. Z. Z." von dort gemeldet:

„Es waren die „Vereinigten Arbeitervereine der Stadt Bern", welche am Sonntag das Waldfest zu einer unverhofften politischen Kundgebung benutzten. Dergleichen in jüngster Zeit aufgekommene Waldfeste haben den Zweck, die Arbeiter und ihre Familien einander zu nähern und wohl auch die sozialistische Propaganda zu fördern. Das Fest war schon lange in Aussicht genommen, konnte aber des unbeständigen Wetters wegen nicht abgehalten werden. Die Arbeiter sammelten sich auf dem Kornhausplatz und zogen durch die Marktgasse, Spitalgasse und das äußere Bollwerk in den kleinen Bremgartenwald. Jede der mehr oder weniger zahlreich vertretenen Gewerkschaften hatte ihre besondere Fahne. An der Zugesspitze schritt ein Mann, dessen Oberleib in einem viereckigen Papierkasten steckte. Wie ich Ihnen telegraphirte, war die eine Seite dieses Vierecks dem Generalanwalt, die zweite dem deutschen Kaiser, eine andere Bismarck gewidmet. Dazu die entsprechenden Abbildungen und Aufschriften. Wer geglaubt hätte, der Auszug durch die Stadt zum Fest würde den Arbeitervereinen genügen, der täuschte sich; sie hatten, diesmal von Frauen, Mädchen und kleinen Kindern begleitet, vielmehr das Bedürfniß, sich bei der Rückkehr nochmals demonstrativ zu zeigen, indem sie durch neue Stadttheile zogen, in denen sie sich noch nicht produzirt hatten. Ueber den Unfug zeigte die Bürgerschaft sich am Montag sehr entrüstet. Etliche hörten wir sagen, die Polizei hätte einschreiten und Bildnisse und Inschriften wegnehmen sollen. Sie finden, die Bundesversammlung habe den eidgenössischen Generalanwalt nicht eingesetzt, damit die Arbeiter der Bundesstadt in öffentlichen Straßenumzügen der neuen eidgenössischen Institutionen spotten. Das Erschwerende dabei ist, daß selbstverständlich schweizerische und ausländische Arbeiter in buntem Durcheinander im Zuge gingen. Was die den deutschen Regierungsorganen gewidmeten Bilder und Inschriften betrifft, so hätte der gute Takt die schweizerischen Arbeiter von solchen Kundgebungen abhalten sollen. Von den Deutschen und den übrigen Ausländern konnte man dies nicht erwarten, denn sie sind, zum Theil nicht ohne unsere Schuld, es längst gewöhnt, auf Schweizergebiet ihre besonderen Bestrebungen rücksichtslos zu verfolgen. Sie erlauben sich seit Jahren mehr als die einheimischen Bürger. Wenn sie selbst bei der gegenwärtigen Zeitlage keine Rücksichten auf die Interessen der Schweiz nehmen, so kann jeder sich vorstellen, wessen man sich von Seiten dieser Elemente zu versehen hat, sobald es gelungen ist, das gute Einvernehmen zwischen der Schweiz und Deutschland wieder herzustellen."

Die gemäßigten, ordnungsliebenden Bevölkerungselemente der Schweiz werden (so bemerkt die „**Nat.-Ztg.**" sehr richtig), nach dem Obigen zu schließen, der deutschen Regierung noch Dank wissen, daß sie auf den die öffentlichen Zustände daselbst und das Verhältniß der Schweiz zu ihren Nachbarn und Freunden vergiftenden Schaden den Finger gelegt hat.

Belgien.

Aus **Brüssel**, 10. Juli, schreibt man der „Voss. Ztg.":

Seit dem Jahre 1840 werden in Belgien Anstrengungen gemacht, um eine Ordnung der **Frauen- und Kinderarbeit** herbeizuführen. Zahlreiche Untersuchungen sind angestellt worden; große Kommissionen haben getagt und dickeibige Berichte sind erstattet und Gesetzentwürfe eingebracht worden, aber geschehen ist bis heute Nichts. Die belgischen Großindustriellen, welche zur Herabsetzung des Selbstkostenpreises die Frauen- und Kinderarbeit erschrecklich ausnutzen, haben alle Versuche „im Interesse der Freiheit" zu hintertreiben gewußt. Vor 2 Jahren hat das jetzige Ministerium auf Grund der letzten Arbeiter-Enquete bei der Kammer ein Gesetz über die Frauen- und Kinderarbeit eingebracht. Dasselbe fand aber sowohl bei der Arbeiterpartei als auch im Lande selbst eine ungünstige Aufnahme, weil es nicht nur hinter den bescheidensten Ansprüchen zurückblieb, sondern der Regierung auch freie Hand ließ, Ausnahmen zuzubilligen. Jetzt hat der **Kammerausschuß** seinen Bericht über dieses Gesetz erstattet; derselbe ist sehr salbungsvoll geschrieben, aber man kann beim besten Willen nicht sagen, daß der Ausschuß das Gesetz wesentlich verbessert hat; es ist Stückwerk und der freien Bestimmung der Regierung bleibt Alles überlassen. Nach dem Gesetze sollen Kinder erst von 12 Jahren ab in den Gruben, Werken, Fabriken &c. beschäftigt werden dürfen, die Regierung „kann" für gefährliche Industriezweige die Verwendung von Kindern unter 16 Jahren untersagen. Kinder von 12 bis 18 Jahren dürfen „nur" 12 Stunden täglich mit einer Ruhepause von mindestens $1^1/_2$ Stunden beschäftigt werden, also ein Arbeitstag von $10^1/_2$ Stunden! Kinder unter 15 Jahren dürfen von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens nicht zur Arbeit herangezogen werden. Die Heranziehung der Mädchen und Frauen ist bei allen unterirdischen Arbeiten untersagt. Vom 1. Januar 1892 ab „kann" der König die Dauer der Arbeitszeit der Weiber über 18 Jahre ordnen. Die Weiber dürfen erst 4 Wochen nach ihrer Entbindung wieder zur Arbeit angenommen werden; Nachtarbeit ist für sie untersagt. Endlich sollen alle Kinder und junge Leute bis 18 Jahre, wie alle Weiber nur 6 Tage in der Woche arbeiten. Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmungen nur ein sehr bescheidener Anfang „der Regulirung der Frauen- und Kinderarbeit" sind und Niemanden befriedigen. In Belgien muß man aber in Folge der Parteiverbissenheit alle Hoffnungen für jetzt aufgeben, wirksame Arbeitergesetze zu Stande zu bringen. Hat doch in der heutigen Kammersitzung der Finanzminister Herr Beernaert alle von dem Deputirten Janson für die Verbesserung des Gesetzes über die Arbeiterwohnungen gestellten Anträge rundweg als unannehmbar abgelehnt, obwohl zahlreiche Klerikale dafür eingetreten waren.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. Das **Abgeordnetenhaus** beschäftigte sich ausschließlich mit dem vom Senate herübergelangten **Heeresgesetze**, von dem man schon weiß, daß der Senat es unverändert genehmigen wird. Dessenungeachtet protestirte Bischof Freppel, wie schon hervorgehoben, noch einmal gegen die Vorlage, welcher er die schlimmsten Folgen weissagte, ja er ging so weit, zu behaupten, die Rekrutirung der Unteroffiziers-Kadres würde unter der neuen Organisirung dermaßen leiden, daß im Falle eines Krieges die Geschicke des Vaterlandes ernstlich gefährdet sein könnten. Berichterstatter Thiers tadelte eine solche Auffassungsweise als unpatriotisch und betheuerte, nicht um der Kirche einen Streich zu spielen, hätte man das neue Gesetz geschaffen, sondern um jährlich 60,000 Mann mehr ausheben zu können. General de Montaudon und Graf de Lanjuinais, beide von der Rechten, bestritten die Berechtigung dieses Standpunkts und der letztere Redner fügte hinzu, in Berlin hätte man Grund, bei der Nachricht, daß die Vorlage durchgedrungen sei, zu illuminiren. Das Alles half nichts und nachdem noch der General Cluseret, der ehemalige Kommunarde, und de Susini, dieser im Namen der boulangistischen Partei, erklärt hatten, sie wären bereit, für das Gesetz zu stimmen, wurde der Uebergang zu den Artikeln mit 436 gegen 9 Stimmen beschlossen. Da es, wie schon angedeutet, eine ausgemachte Sache war, daß die Linke sich dem im Luxembourg-Palaste genehmigten Texte anbequemen würde, so war die Debatte, die nun folgte, eine rein akademische. Alle Amendements nach einander wurden verworfen, so auch dasjenige des Bischofs **Freppel**, demzufolge die Zöglinge der Priesterseminarien und die Studirenden der Fakultäten in Friedenszeiten jeder Dienstpflicht enthoben sein sollten. Dieser Zusatz war zu Art. 23 vorgeschlagen worden, den einzigen, den die Versammlung nochmals einer ernstlichen Brathung unterzog. Major Labordere nahm den entgegengesetzten Standpunkt ein. Er nannte den Artikel 23 eine neue Begünstigung der höheren Klassen, weil derselbe den Studirenden das Vorrecht gewährt, nur ein Jahr Kasernendienst zu thun, und beantragte die Verwerfung des neuen Einjährig-Freiwilligendienstes, der sich nur von dem bisherigen unterscheide, daß nicht mehr 1500 Franken bezahlt werden müssen. Kriegsminister de Freycinet nahm die Bestimmungen des Artikels in Schutz, obwohl er zugab, daß dieselben nicht vollkommen sind. Er rieth zur Annahme, da der neue Text immerhin einen Fortschritt bedeute, und im Hinblick auf die Umstände zur Eile. Wenn der Artikel 23 verworfen würde, so wäre es um das Gesetz geschehen und die ganze lange Arbeit vergeblich gewesen. Major Labordere und Camille Pelletan schlossen daraus, der Senat, welcher den Artikel in dem Sinne milderte, daß die Studirenden nicht drei Jahre, sondern nur ein Jahr oder höchstens zwei zu dienen hätten, werfe sich zum Gebieter auf und würde sich weigern, auf einen Ausgleich einzugehen. Labordere schwor, man werde dies dem Senat und seinem Ausschusse nicht vergessen. Nochmals betonte der Kriegsminister, daß es sich hier nicht ernstlich um die militärischen Kräfte des Landes handeln könne, da nur 7500 junge Leute alljährlich der den Studirenden bewilligten Vergünstigung theilhaftig werden. Nur vom politischen und sozialen Standpunkte könnte man Einwände erheben und da wäre man es dem Rufe Frankreichs als einer gebildeten Nation schuldig, ein kleines Opfer zu bringen. Bei der Abstimmung waren 320 Stimmen für und 177 gegen den Artikel 23.

Paris, 10. Juli. Nachdem der Staatshaushalt endlich aufgestellt und das Militärgesetz genehmigt ist, möchten die Republikaner die letzten Athemzüge der Kammer — am Sonnabend hofft man die Tagung schließen zu können — noch benutzen, um dem Antrage Laffon über die **Beseitigung der mehrfachen Kandidatur**, der schon seit Februar vorliegt, noch vor den Wahlen Gesetzeskraft zu geben. Dem Entwurf zufolge kann niemand in zwei Wahlkreisen zugleich als Kandidat auftreten; jeder Kandidat hat vor der Wahl durch Namensunterschrift sich zu entscheiden, in welchem Wahlkreis er sich aufstellen lassen will; für denjenigen, der diesen Bestimmungen nicht nachkommt, darf keinerlei Wahlpropaganda getrieben werden, und die für ihn abgegebenen Stimmen sind ungültig. Das Gesetz richtet sich gradeswegs gegen den Cäsarismus und gegen das Bestreben der Boulangisten, durch hundertfache Erwählung des Generals den nächsten Wahlen die moralische Bedeutung eines Plebiszits zu geben. Diesen Zweck würde das „Gesetz gegen die plebiszitarischen Umtriebe", wie die Antragsteller es nennen, zweifelsohne erfüllen, das sehen diejenigen ein, welche es als eine Vergewaltigung des allgemeinen Stimmrechts zu verdächtigen suchen, und die erzwungene Sorglosigkeit einiger Boulangistenblätter, die erklären, ihnen sei eine von vornherein bestimmte und sichere Zahl von Parteimitgliedern lieber, als die Aussicht auf vielfache Nachwahlen, vermag darüber nicht wegzutäuschen. Die „Republik Francaise" dürfte Recht behalten, wenn sie einen erbitterten Widerstand der Opposition gegen diese Maßregel voraussieht: „Wir wissen, sagt das opportunistische Blatt, „daß jede Zeile, jedes Wort, jedes Komma dieses Gesetzes zu Tumult und Skandal Anlaß geben wird, daß diese große Herren, wenn sie die Aussicht, die „Bettlerin" erdrosseln zu können, schwinden sehen, eingelegten Hauptes wie trunkene Sackträger gegen das Gesetz Sturm laufen werden, daß ein wahrer Regen von Beleidigungen, Verleumdungen, Beschimpfungen und Niederträchtigkeiten sondergleichen von Neuem über die republikanische Mehrheit sich ergießen wird." Für den Schluß der Session sind also die Aussichten recht vielversprechend.

Paris, 10 Juli. Der Bonapartist **Delafosse** entwickelt heute im „Matin" den Gedanken, daß die nächsten **Wahlkampagnen** nicht zu einer „monarchistischen Lösung" führen könnten, und daß die monarchistischen Blätter, welche das erhofften, „visionär" seien. Die republikanischen Blätter sind darob sehr erfreut und ziehen vor ihren Lesern daraus den Schluß, daß die Republik doch sehr stark sein müsse. Sie übersehen nur, daß Delafosse zugleich auch Boulangist ist und daß Boulanger durch sich selbst und seine royalistisch-bonapartistischen Verbündeten zum Nutzen und Frommen der allgemeinen Sache, oder, um es deutlicher zu bezeichnen, zum Zweck des republikanischen Bauernfanges immer für einen Republikaner ausgegeben wird. Delafosse's stark verbrämter Grundgedanke ist also einfach der: „Zunächst den Sieg Boulangers. Alsdann wird man mit diesem Werkzeug arbeiten und das Weitere wird sich finden."

Glücklicherweise sind nicht alle Monarchisten der Ansicht des bonapartistisch-boulangistisch-opportunistischen Advokaten Delafosse, was er ja auch selbst zugiebt. Andererseits herrscht auch unter den Republikanern die erforderliche Uneinigkeit, um die Zukunft völlig nebelhaft erscheinen zu lassen. Noch vor wenigen Tagen erneuerte **Goblet** in Lille die Forderung der Revision, während die Opportunisten unter Ferry die Verfassung vom Jahre 1875 völlig unversehrt erhalten wollen. Man muß bekennen, daß dieser Standpunkt wenigstens kein zweideutiger ist, während Goblet genau so wie Boulanger die Revision fordert. Die weisen Männer in Paris, die nichts weiter zu thun haben, als sich wie Advokaten über Politik zu zanken, vermögen ja wohl die verschiedenen Nüancen zu unterscheiden. Aber der Landmann, der viel Geld aber wenig Zeit zu verlieren hat — wie soll sich der unter den verschiedenen Revisionsprogrammen noch zurechtfinden!

Italien.

Rom, 11. Juli. Die **Abreise des Papstes** beunruhigt immer noch als Schreckgespenst sowohl die liberalen als die klerikalen Blätter. Man kommt der Wahrheit dieses Gerüchtes um keinen Schritt näher, sondern tappt nur in Unklarheit und in Muthmaßungen herum. Man kann aber auch wohl in diesem Falle sagen: es entsteht kein Rauch ohne Feuer, so daß wohl ein Körnchen Wahrheit in dem Gerede stecken wird. Wie hervorgehoben werden muß, ist man sich einig darüber, daß die Abreise des Papstes nur „im Falle

eines Krieges" geplant sei, welchen Fall die kle-rikale Presse für bald bevorstehend bezeichnet. Mag nun das Gerücht von der Absicht des Papstes, Rom zu verlassen, wahr oder falsch sein, das steht jedenfalls fest, daß der Papst, während das Konsistorium versammelt war, sehr ernste, wichtige und geheime Dinge mit den Kardinälen besprochen hat. Gewöhnlich pflegt ein Konsistorium acht bis vierzehn Tage vorher ausgeschrieben zu werden. Sowohl in der Eile — vom Abend zum Morgen —, mit welcher dieses letzte Konsistorium zusammenberufen wurde, als auch in der Abgeschlossenheit und Heimlichkeit, mit welcher dasselbe abgehalten worden ist, liegt der Beweis, daß weitere und wichtigere Dinge besprochen wurden, als die veröffentlichte Allokution kundgiebt. — Der Kardinal **Lavigerie** wird in Rom erwartet, und Msgr. Boccali ist beauftragt, ihn am Bahnhof in Empfang zu nehmen. Der Prälat ist zwar gewöhnlich damit beauftragt, die hier ankommenden kirchlichen Würdenträger zu empfangen; es scheint jedoch, daß derselbe diesmal der Eminenz besondere Instruktionen von Seiten des Papstes über sein Auftreten in Rom zu übermitteln hat. Der Kardinal wollte im Saale der Propaganda eine Konferenz über die Sklavenfrage leiten, aber in letzter Stunde ist dieselbe in Folge der Rede Crispis abbestellt worden. Die Konferenz wird deshalb in Brüssel gehalten werden. Die Reise des Kardinals wird wohl nur einen rein politischen Charakter haben, und es wird sich wahrscheinlich um die zukünftigen allgemeinen Wahlen in Frankreich handeln. Der Kardinal soll daran arbeiten, der royalistischen Partei in Frankreich die Unterstützung des französischen Klerus zu gewinnen, damit der Graf von Paris, wenn er erst König von Frankreich geworden sei, für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wirken könne. Letzteres liegt aber wohl nur im Plane Sr. Eminenz selber; denn selbst im Falle, der Graf von Paris würde König von Frankreich, so kann er niemals die weltliche Macht des Papstes herstellen, ohne Italien den Krieg zu erklären.

Als vorgestern das **Mittelmeer-Geschwader** in die Bucht von Capri einlief, stieß die „**Bausa**" mit voller Kraft mit ihrem Sporn gegen die „**Folgere**" und brachte derselben ein bedeutendes Leck bei. Man verstopfte dieses sofort, und es gelang, das verletzte Fahrzeug auf die Werfte von Neapel zu bringen. Der Zusammenstoß fand statt, als man gerade mit größter Fahrgeschwindigkeit manöverirte und der Admiral den Befehl gegeben hatte, sich in Reihen zu setzen. Admiral Racchia ist nach Rom beordert worden, um über den Vorfall Bericht zu erstatten.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Juli. Wie man weiß, hat die Königin von England vor wenigen Tagen an das Parlament eine Botschaft gerichtet, worin sie um die Bewilligung einer Summe für die Aussteuer der mit dem Lord Fife verlobten Tochter des Prinzen von Wales ersucht. Man zweifelt nicht, daß das Unterhaus diesem Ansuchen Folge geben wird, aber man gewärtigt zuvor ziemliche Erörterungen darüber, wie es zu rechtfertigen sei, daß die Königin selbst für ihre Enkelkinder die Steuerzahler in Anspruch nehme. Die Radikalen haben die Einsetzung einer Kommission beantragt, welche sich mit der Aussteuer-Angelegenheit befassen soll und jedenfalls auch die Frage der rechtlichen Begründung in Erwägung ziehen wird. Die Zivilliste des königlichen Hauses ist im Jahre 1837 geregelt worden. Man hat damals dieselbe auf 385,000 Lstrl. festgesetzt, wovon 60,000 Lstrl. in die Privatkasse der Königin fließen. Diese Summe stellt jedoch keineswegs Alles dar, was die Krone vom Parlament erhält. Der Thronfolger hat ein Jahrgeld von 50,000 Lstrl., die Prinzessin von Wales erhält 10,000 Lstrl., der Ertrag des Herzogthums Cornwall, welcher dem Prinzen ebenfalls ausgezahlt wird, ist 49,000 Lstrl. Außerdem beziehen die Brüder und Schwestern des Prinzen von Wales und sonstige Angehörige des königlichen Hauses Summen in hohem Betrage. Die Baarauslagen für die königliche Familie werden mit 700,000 Lstrl. nicht zu hoch beziffert; sie sind vermuthlich bedeutend höher, denn mehrere Prinzen, so z. B. der Herzog von Cambridge, die Herzöge von Connaught und von Edinburg, haben hochbezahlte Staatsämter, und die königlichen Schlösser werden auf Kosten der Steuerzahler in Stand gehalten, ausgenommen Osborne House auf der Insel Wight und Balmoral in Schottland, welche Privatbesitz der Königin sind. Die Radikalen verlangen jetzt zu wissen, ob die Königin nicht aus ihren Privatmitteln die Aussteuer ihrer Großkinder bestreiten kann. Während nämlich die Krone ein hergebrachtes Recht hat, von dem Parlament einen Zuschuß zu verlangen, falls die ihr zugewiesenen Mittel zur Bestreitung der Vertretungsunkosten nicht ausreichen, hat das Parlament nicht das Recht, von der Krone darüber Rechenschaft zu verlangen, was mit den **Ersparnissen** der Zivilliste geschieht. Diese belaufen sich nämlich auf eine ganz beträchtliche Summe. Seit dem Tode des Prinz-Gemahls hat die Königin jährlich mindestens 50,000 Lstrl. (ist gleich einer Million Mark) bei Seite gelegt; ihre Privatmittel sind beträchtlich und betragen zur Zeit, wie man der „Fr. Ztg." von London schreibt, zwei Millionen (ist gleich 40 Millionen Mark). Die betreffende Kommission, welche diese Dinge in Erörterung nehmen soll, wird dieser Tage gewählt werden.

Die Pächter Lord Fife's auf dessen Gütern in den schottischen Distrikten Bauff und Macduff hatten beabsichtigt, ihrem Gutsherrn anläßlich einer bevorstehenden Vermählung mit der Prinzessin Louise von Wales ein Hochzeitsgeschenk zu überreichen. Als aber Earl Fife hiervon Kunde erhielt, ließ er ein Schreiben an die Pächter gelangen, in welchem er sagte, die Zeiten seien für Pächter nicht danach, daß sie ihr Geld auf Dinge verwenden könnten, welche nicht streng nothwendig wären, weshalb er das geplante Geschenk ablehnen müsse, obwohl er darum nicht weniger die Herzlichkeit der Beweggründe der Pächter zu schätzen wisse.

Das Befinden der **Königin** ist in der letzten Zeit **nicht das erfreulichste** gewesen. „Am letzten Donnerstag", so schreibt „Atlas" in der „World", „als Ihre Majestät den Prinzen von Wales in Marlborough Haus besuchte, litt sie an Hüftweh und Rheumatismus und man sah, wie schwer ihr das Gehen fiel, trotzdem ihr Sohn ihr den Arm lieh und sie sich auf einen Stock stützte. Die Königin hat sich eben noch immer nicht von der Erkältung erholt, welche sie sich auf der Reise von Schottland zugezogen hat."

Eine 6 englische Meilen lange Linie werden die in drei Reihen aufgestellten britischen Panzerschiffe und Kreuzer bei der großen **Flottenschau bei Spithead** bilden. Alle diese Schiffe zu bemannen, verursacht den Marinebehörden nicht geringe Schwierigkeit. Die Mannschaft des letzter Tage von Ostindien zurückgekehrten „Peguin" erhält z. B. vorerst keinen Urlaub, um bei der Flottenschau verwendet zu werden.

London, 9. Juli. Gestern endlich ist es dem berüchtigten irischen Deputirten **W. O'Brien gelungen**, der Regierung einen Schabernak zu spielen und so gewissermaßen seine Rache für die ihm zugefügte „Hosen-Schmach" zu nehmen. Wie sich Ihre Leser entsinnen werden, weigerte er sich im Gefängniß Sträflingskleidung anzulegen, wurde aber durch Wegnahme seiner eigenen Kleider dazu gezwungen und war besonders über den Verlust seiner Unaussprechlichen, den Gladstone schließlich durch eine lächerliche Debatte im Unterhause zu verherrlichen suchte, aufgebracht. Die meisten Minister und auch die große Mehrzahl der Regierungspartei hatten sich gestern nach Hatfield begeben, wo Lord Salisbury bekanntlich dem Schah zu Ehren ein Gartenfest gab. Dies benutzte der ebenso vergrämte wie verschlagene Ritter von der hosenlosen Gestalt, um einen Streich ins Werk zu setzen. Er sorgte dafür, daß sich über 40 Mitglieder (die nöthige Anzahl zur Unterstützung eines außergewöhnlichen Antrages) seiner Partei im Unterhause einfanden, und stellte sodann in dem sonst fast leeren Hause den Antrag, die Sitzung zu vertagen, unter dem Vorwande, das Benehmen der irischen Polizei bei Charleville, welches bereits mehrfach debattirt worden war, von Neuem in Frage zu stellen. Der Whip der konservativen Partei telegraphirte sofort nach Hatfield und über 50 Mitglieder der Partei langten binnen 35 Minuten im Hause an, da ein Sonderzug für sie in Hatfield bereit stand. Schließlich war die Vorsicht doch nicht nöthig, da der Speaker den Antrag des O'Brien aus Mangel an Begründung nicht zuließ. Letzterer hatte die Genugthuung, der verhaßten Rechten einen vergnügten Tag verdorben zu haben, welches Bewußtsein ihm die Stunden verkürzen dürfte, wenn er wieder „sitzen" muß, was bei dem Unruhegeist, von dem er besessen ist, nur eine Frage der Zeit sein kann. Uebrigens würde, selbst im Falle der Antrag in der Abwesenheit der meisten Regierungsmitglieder durchgegangen wäre, der Regierung zwar eine Unannehmlichkeit, nicht aber eine Niederlage im eigentlichen Sinne des Wortes bereitet worden sein, da die parlamentarische Kampfweise denn doch noch nicht so tief gesunken ist, daß von irgendwelcher Seite derartigen Kniffen die Wichtigkeit eines politischen Sieges beigelegt werden könnte.

Rußland.

Warschau, 11. Juli. Heute Mittag erfolgte auf dem Mokotowfelde in Anwesenheit des Generals Grafen Mussin-Puschkin, als Vertreters des General-Gouverneurs, General Gurko, sowie aller höheren Offiziere, des Abgesandten des Kaisers Franz Josef von Oesterreich und des stellvertretenden österreichischen Konsuls die feierliche Uebergabe der von dem **Kaiser Franz Josef seinem Kexholmschen Regimente** verliehenen Fahnenbänder. Nach der Weihe der Fahnenbänder, der ein Gottesdienst vorausgegangen war, wurde vor der Front des Regiments ein Telegramm des Kaisers Alexander verlesen, welches mit stürmischen Hurrahs aufgenommen wurde. Hierauf wurden Hochs auf den Kaiser Alexander, den Kaiser Franz Josef und auf das Regiment ausgebracht.

Stettiner Nachrichten.

△ **Stettin**, 12. Juli. **Schöffengericht.** Sitzung vom 12. Juli. Der frühere Volksanwalt, jetzige Rentier (Privatier) **Rob. Hahn**, vorbestraft wegen Beleidigung, Betrug, Körperverletzung, Erpressung, darunter mehrfach mit Gefängniß, war des **Betruges angeklagt.** Er erschien am 16. Juni 1887 im Geschäft des Herrn P. R. Mutz in der Breitenstraße, suchte sich eine Zigarrenspitze aus und bedingte den Preis von 1,25 Mark für dieselbe. Als es zum Zahlen kam, erklärte er dem Lehrling, der ihm die Spitze verkaufte, er habe kein Geld bei sich und wolle erst nach dem Viktoriaplatz gehen, um dort eine Rechnung einzukassiren. Der junge Mann erklärte ihm darauf, er könne ihm die Spitze nicht mitgeben. Herr Hahn beschwichtigte jedoch dessen Bedenken und versicherte, daß, wenn Herr Mutz da wäre, letzterer ihm die Waare unbedenklich kreditiren würde. Der Lehrling war hierdurch von H.'s Ehrlichkeit überzeugt und übergab ihm die gekaufte Zigarrenspitze. Herr Hahn ließ sich jedoch nicht wieder sehen und da dem Lehrling die Sache nun doch bedenklich vorkam, so theilte er die Angelegenheit seinem Chef mit. Dieser machte ihm Vorwürfe darüber, daß er Hahn, der ihm schon bekannt war, das Gekaufte übergeben hatte, und als er Hahn eines Tages traf, mahnte er letzteren um Bezahlung. Trotz dessen bezahlte H. nicht und wurde jetzt gegen ihn Klage eingeleitet. Exekution fiel fruchtlos aus, weil nach H.'s Angabe der Gerichtsvollzieher nicht eingehend gesucht habe. Der Staatsanwalt fand sich nun veranlaßt, gegen H. strafrechtlich vorzugehen und beantragte im heutigen Verhandlungstermine eine Gefängnißstrafe von **2 Wochen,** weil er den Lehrling mit Erfolg in der Annahme getäuscht habe, er wäre ein kreditfähiger Kunde und dem Besitzer des Geschäfts als solcher bekannt. Das Gericht erkannte auf die beantragte Strafe von 14 Tagen, weil es den Betrug als erwiesen erachtete. Eine Zigarrenspitze wäre auch ein Gegenstand, den man, ohne sich Nachtheil zu verschaffen, dann kaufen könne, wenn man genügend Geld dazu habe.

* Der königlichen Strafkammer lag heut wiederum ein Fall zur Entscheidung vor, wo ein Arbeiter Namens Schulz aus Colbatz ohne genügende Veranlassung seinen Kollegen zwei Mal mit einem **Messer gestochen** und ihn nicht unbedeutend verletzt hat. Am 27. März hatten einige Leute im Dorfkruge daselbst Karten gespielt und als der Wirth Feierabend bot, wollte ein Theilnehmer nicht mehr weiter bleiben, weshalb sich zwischen diesem und dem Angeklagten vor dem Hause ein Streit entspann, bei dem der p. Schulz ohne Weiteres seinem Gegner zwei Stichwunden beibrachte. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Monate Gefängniß, obgleich der Angeklagte noch unbestraft ist.

Als ein **professioneller Dieb** im wahren Sinne des Wortes muß der sogenannte Arbeiter **Friedrich Sachtleben** angesehen werden. Er ist augenblicklich 44 Jahre alt und hat außer verschiedenen Gefängnißstrafen bereits 21 Jahre Zuchthaus abgebüßt. Die erste Diebstahlsstrafe wurde über ihn im Alter von 14 Jahren verhängt. Bei der heutigen Beweisaufnahme vor der königlichen Strafkammer legte er, vielleicht zum ersten Mal, ein offenes Geständniß ab, so daß die Zeugen gar nicht vernommen zu werden brauchten. Er war in Folge von Diebstählen im Fiddichower Gerichtsgefängniß internirt und brach dort am 10. Mai d. J. aus, versuchte auf ein und demselben Grundstück in die Gerichtskasse einzubrechen, um sie zu bestehlen und wurde dabei ergriffen. Für diese wirklich seltene That erhält er 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus.

* Durch einen **Revolverschuß** verletzt wurde der Ziegler Franz Bruhn zu Brunn durch den Knecht Jung in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. an der Brust, nachdem vorher Schießversuche gemacht worden waren. Der Verletzte ist im städtischen Krankenhause hierselbst eingeliefert.

* Beim **Klettern** auf den **Zaun** erlitt der Knabe Paul Ramm, Apfelallee Nr. 42, einen Armbruch.

* Am gestrigen Tage feierte der „Patriotische Schützenbund" in der Podejucher Waldhalle sein alljährliches Schützenfest bei günstigem Wetter. Die Königswürde erlangte Herr Schlossermeister Beier, während als Ritter die Herren Töpfermeister Schäfer und Fabrikant Hansy proklamirt wurden.

— Postdampfer „Polynesia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft (Linie Stettin-Newyork) ist am 11. d. M. wohlbehalten in Newyork angekommen.

* Das **Auswanderungsschiff „Slavonia"** fuhr heute Vormittag nach Swinemünde, dort die morgen per Sonderdampfer folgenden Passagiere aufzunehmen. Zur Mitfahrt sind bis jetzt etwa 150 Personen angemeldet.

Aus den Provinzen.

Pasewalk, 10. Juli. Die erste Einfuhr neuen Roggens vom Felde fand heute statt und zwar durch den Bauerhofsbesitzer Herrn Schultz in Rollwitz und den Fuhrherrn Herrn Riemer hier.

Ueckermünde, 10. Juli. In unserer Nachbargemeinde Hoppenwalde wird die alte Kirche abgebrochen, um einem neuen, schöneren Gotteshause Platz zu machen. Wie üblich, sind auch dort die Glocken in einem eigens eingerichteten Glockenstuhle untergebracht.

Vermischte Nachrichten.

— Jedem Berliner, der einmal einen Ausflug nach dem **Grunewald** gemacht hat, ist auch gewiß die Trinkhalle von **G. Wudnow** am Kurfürstendamm auf der Höhe der zum Bahnhof Halensee hinabführenden Rampe dicht am Eisenbahnübergange bekannt. Dort wird ein Trinkglas aufbewahrt, welches schon jedem der drei Kaiser des neuen deutschen Reichs einmal zum Trunk gereicht wurde. Im Sommer 1886 trat zuerst **Kaiser Friedrich,** der als Kronprinz nicht selten zu Fuß den Grunewald aufsuchte, im Vorbeigehen an den Schanktisch der Trinkhalle und erbat sich persönlich von dem etwas wohlbeleibten Wirth einen kühlen Trunk mit den scherzhaften Worten: „Na Dicker, ich werde auch mal Ihre Giftbude heimsuchen, um eine Bierprobe zu machen." Bei dem so plötzlichen Erscheinen des hohen Herrn füllte Herr W. das erste beste Glas, das gerade zur Hand war — ein einfaches großes Bowlenglas — und kredenzte es ehrerbietigst dem Kronprinzen, der es bis auf die Nagelprobe leerte. Seit jenem Tage stand das einfache Glas auf einem besonderen Ehrenplatz. Einige Tage später, an einem sehr heißen Nachmittag, ließ der greise **Kaiser Wilhelm** I., von einer Spazierfahrt aus dem Grunewald zurückkehrend, gleichfalls vor dieser Trinkhalle halten, um sich durch seinen Adjutanten ein Glas Zitronenlimonade — der Kaiser war bekanntlich kein Liebhaber von Bier — in den Wagen hineinreichen zu lassen. Natürlich hätte der Gast gern für seinen kaiserlichen Gast das „Kronprinzenglas" gefüllt. Der Ehrenplatz war aber heute leer, da das Glas beim Reinigen aus Versehen unter die anderen Gläser gerathen war. Um nun mit dem Suchen keine Zeit zu verlieren, wurde ohne Wahl ein Glas herausgegriffen und für den alten Kaiser gefüllt. Kaum hatte der Wirth das geleerte Glas aus den Händen des Adjutanten zurückerhalten, als er es auch sogleich an der von ihm selbst mit einem spitzen Dolchmesser eingravirten Jahreszahl 1886 zu seinem großen Erstaunen als sein „Kronprinzenglas" wiedererkannte. Seitdem prangt dieses Gefäß nunmehr als „Kaiserglas" auf dem Ehrenplatz. Zwei und ein halbes Jahr blieb es nun unberührt, bis endlich im kalten Februar dieses Jahres **Kaiser Wilhelm** II. auf der Rückfahrt von seiner gewohnten Spazierfahrt nach dem Grunewald vor der „Giftbude" halten und sich einen heißen Punsch in den offenen Wagen hineinreichen ließ. So wurde den Wirthsleuten die seltene Ehre zu Theil, nun auch den dritten deutschen Kaiser aus ihrem „Kaiserglase" trinken zu sehen.

— **Ein Lottogewinn von 480,000 Gulden.** Wie bereits gemeldet, hat ein Beamter Namens Melchior Farkas aus Budapest im kleinen Lotto den Betrag von 480,000 Gulden österreichischer Währung gewonnen, eine Thatsache, die, seitdem das österreichische Lotteriewesen besteht, sich noch nicht ereignet hat. Der „Frankf. Ztg." wird darüber aus Wien geschrieben: Herr Farkas hat eine größere Summe in den drei in Wien bestehenden Temesvarer Kollekturen eingezahlt, und zwar in der Weise, daß er eine größere Anzahl Ternozettel um je fünf Gulden kaufte. Farkas' Syem bestand darin, daß er sich fünf Nummern notirte und aus denselben zunächst die zehn möglichen Ternokombinationen machte. Jedes dieser zehn Ternos besetzte er doppelt mit je fünf Gulden. Fortuna war ihm hold, denn von den vielen Zahlenreihen, welche er auf diese Weise belegte, kam eine Reihe von fünf Nummern (44, 50, 55, 80, 88) aus der Urne. Er hatte also seine sämmtlichen zehn Ternos, welche diese Zahl enthalten, gewonnen, und da er jedes Terno doppelt besetzt hatte, so ergab das einen Gewinn von zwanzig, mit je fünf Gulden besetzten Ternen. Da aber jedes mit fünf Gulden belegte Terno secco vom Staate im Falle des Gewinnes mit 24,000 Gulden ausbezahlt wird, so hatte der Spieler 20 mal 23,000 Gulden, das sind 480,000 Gulden gewonnen. Noch ein paar solcher Liebenswürdigkeiten der Glücksgöttin und der ganze Reingewinn des Lotteriespiels, welcher sich jährlich auf kaum acht Millionen Gulden beläuft, geht flöten. Allein damit hat es seine guten Wege, denn nach mathematischer Berechnung ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein solcher Fall sich wiederholen könnte, eine so verschwindend kleine, daß der grimmigste Feind des kleinen Lotto, der brave Herr Dr. Roser, diese angenehme Revanche an dem Dämon des „kleinen Spiels" kaum erleben dürfte. Obwohl der Gewinn bei einer Ziehung in Ungarn gemacht worden ist, liegt die Verpflichtung, die gewonnene Summe auszubezahlen, der diesseitigen Reichshälfte ob, da nach dem Uebereinkommen zwischen den Lotteriegefällen von Cis und Trans Gewinn und Verlust jenem Theil der Monarchie zufalle, in welchem die Lotto-Einzahlung erfolgt. Das kaiserlich-königliche Aerar macht keine besonders gute Miene zu diesem bösen „kleinen Lottospiel", welches der Staatskasse den Betrag von nahezu einer halben Million Gulden kostet. Herr Farkas hat auch bisher sein Geld nicht ausbezahlt erhalten. In die Kassen des Lottogefälles ist ein gelinder Schreck gefahren, und es ist kein Geld da, um die Ansprüche des Farkas sofort zu befriedigen; er wird sich also noch einige Tage gedulden müssen, bis das viele Geld beisammen ist. Noch ein Detail mag hier Erwähnung finden; Farkas behauptet, daß er die fünf Nummern geträumt und dieselben in die Lotterie von Temesvar gesetzt habe, weil er in der Nähe dieser Stadt geboren wurde. Wie einfach sind doch die Wege der Vorsehung, welche zu großen Treffern führen!

— Wie begründet die Bedenken sind, welche die ärztliche Welt seiner Zeit gegen den uneingeschränkten Gebrauch der **Schwenninger-Kur** (eigentlich Professor Oertel-Kur) erhoben hat, geht aus folgender Mittheilung der „Frankf. Ztg." aus Homburg v. d. H. hervor: Herr Dr. med. **August Will** von hier, der erst kurze Zeit sein Studium beendet hat, ist plötzlich an einer Herzlähmung gestorben. Der junge und allgemein beliebte und geachtete Mann war körperlich massig angelegt und suchte seinem Körper durch eine sogenannte Schwenniger-Kur das richtige Maß wiederzugeben. In ganz kurzer Zeit hatte in Folge dessen sein Körper um 40 Pfund abgenommen. Trotz aller Vorstellungen seitens der Angehörigen, Verwandten und Freunde setzte er seine Kur fort, ja er hätte sie wohl auch beendet, wenn er sich nicht eine Erkältung zugezogen hätte. Der Körper war nicht mehr widerstandsfähig und so trat eine Herzlähmung ein. Unter großer Betheiligung wurde der Hingeschiedene zu Grabe geleitet.

— (Materiell.) Tochter (liest): „An der Quelle saß der Knabe, Blumen wand er sich zum Kranz." — Vater: „Zeitvergeudung. Hätte lieber Forellen angeln sollen."

München, 11. Juli. (B. T.) Der **Bäckergehülfe Mooser erschoß** heute seine Geliebte, die Dienstmagd Eiber, und dann sich selbst. Als Grund wird Eifersucht angegeben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Juli. Wetter: schön. Temperatur + 19° R. Barometer 28" 4'". Wind WNW.

Weizen flau, per 1000 Klgr. loko 168 bis 175 bez., per Juli 177,5 nom., per Juli-August 177,5 nom., per September-Oktober u. Uf. 181 bez., 181,25 B. u. G., per Oktober-November u. Uf. 181,5 bez., 182 B. u. G.

Roggen matt, per 1000 Klgr. loko 139 bis 146 bez., per Juli 149,5 G., per Juli-August 148,75 B. u. G., per September-Oktober u. Uf. 151—150,25—151,25 bez., 150,75 B. u. G., per Oktober-November 151,5 bis 152 bez., per November-Dezember 153 B., 152,5 G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kgr. loko pomm. 146—151 bezahlt.

Winterrübsen fest, loko 265—276 bez.

Winterraps fest, loko 270—282 bez.

Rüböl höher, per 100 Kgr. loko o. F. bei Kl. 62,5 B., per Juli 61,5 B., per September-Oktober 60 B.

Spiritus behauptet. Termine flau, per 10,000 Liter % loko o. F. 70er 35 nom., 50er 54,8 nom., per Juli-August 70er 33,8 nom., per August-September 70er 34,1 bez. u. B., per September-Oktober 70er 34,2 B., per Oktober-November 70er —.

Petroleum ohne Handel.

Berlin, 12. Juli. **Weizen** per Juli-Aug. 186,00—186,75 Mk., per Sept.-Okt 185,75 Mk, per Oktober-November 186,25 Mark.

Roggen per Juli-Aug. 151,50 bis —,— M., per Sept.-Okt. 153,75 M., per Oktober-November 155,25 M.

Rüböl per Juli 60,50 M., per September-Oktober 59,50 M.

Spiritus loko 50er 55,10 M., loko 70er 35,40 M., Juli-Aug. 70er 34,40 M., August-September 70er 34,70 M.

Hafer September-Oktober 145,00 M.

Petroleum Juli 23,70 M.

Berlin, 12. Juli. Schluß-Course.

Preuß. Consols	4%	108,40
do. do.	$3\frac{1}{2}$%	104,30
Pomm. Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$%	102,20
Italienische Rente		95,70
Ungar. Goldrente		85,90
Rumän. 1881er amort. Rente		97,70
Serbische 5% Rente		84,00
Russ. II. Orient.-Anl.		63,90
do. Boden-Credit	$4\frac{1}{2}$%	95,80
do. Anl. von 1884		102,10
do. do.' von 1880		89,30
Oesterr. Banknoten		171,75
Russ. Banknot. Cassa		208,10
do. do. Ultimo		207,70
Nat.-Hyp.-Cred.-G.	5%	103,75
do. (110)	$4\frac{1}{2}$%	107,90
do. (110)	4%	104,50
do. (100)	4%	100,80
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% I. Emission		95,50
Petersburg kurz		207,30

London kurz	—,—
do. lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Bredow. Cement-Fabr.	180,50
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	161,70
Stett. Vulc.-Priorität.	163,75
Neue Dampf-Comp. (Stettin)	154,00

Ultimo-Course:

Disconto-Commandit	227,00
Oesterr. Credit	162,40
Laurahütte	136,60
Dortm. Union St.-Pr. 6%	91 40
Ostpreuß. Südbahn	103,60
Marienburg-Mlawkabahn	67,60
Mainzerbahn	124,20
Lombarden	52 70
Franzosen	96.00

Magdeburg, 11. Juli. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 Prozent —, Kornzucker excl., 88 Prozent —,—, Nachprodukte excl. 75° Rendement 23,20. Sehr Still. ffein Brodraffinade —,—, f. Brodraffinade —,—. Gem. Raffinade II. mit Faß —,—. Gem. Melis I. mit Faß —,—. Geschäftslos. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Juli 27,00 nominell, per August 27,00 nominell, per Oktober-Dezember —,—, per Januar-März 15,15 G., 15,20 Br. Alte Ernte umsatzlos, neue schwach.

Hamburg, 11. Juli, Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos pr. Juli $69\frac{1}{2}$, per September $70\frac{1}{2}$, per Dezember $71\frac{1}{2}$, per März 1890 $71\frac{1}{2}$. Ruhig.

Hamburg, 11. Juli, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juli 70, per September $70\frac{3}{4}$, per Dezember $71\frac{3}{4}$, per März 1890 $71\frac{1}{2}$. Ruhig.

Hamburg, 11. Juli, Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Juli 24,50, per August 24,65, per Oktober 16,55, per November-Dezember (Durchschnitt) 15,54. Besser.

Hamburg, 11. Juli, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Juli 24,50, per August 23,85, per Oktober 16,00, per November-Dezember (Durchschnitt) $14,97\frac{1}{2}$. Flau.

Bremen, 11. Juli. Norddeutsche Wollkämmerei 224 Gd.

Bremen, 11. Juli. Petroleum. (Schlußbericht) fest aber ruhig, loko Standard white 7,05 B.

Amsterdam, 11. Juli. Java-Kaffee good ordinary 47.

Amsterdam, 11. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Bancazinn 54.

Amsterdam, 11. Juli. Weizen loko 204. Roggen loko 127.

Antwerpen, 11. Juli. Weizen fest. Roggen unverändert. Hafer fest, Gerste still. — Petroleum loko $17\frac{3}{4}$, per Juli $17\frac{3}{4}$ B., per August $17\frac{3}{4}$ B., per September-Dezember $17\frac{3}{4}$ B., per Januar-April $18\frac{1}{4}$ B. Ruhig.

Antwerpen, 11. Juli. Nachmittags 4 Uhr 10 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko $17\frac{3}{4}$ bez. u. Br., per Juli $17\frac{3}{4}$ B., per August $17\frac{3}{4}$ bez. u. B., per September-Dezember $18\frac{1}{4}$ B. Ruhig.

Paris, 11. Juli, Nachmittags. Rohzucker 88° matt, loko 57,00—57,50. Weißer Zucker unregelmäßig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Juli 63,00, per August 62,37, per September 54,12, per Okober-Januar 43,12.

Paris, 11. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per Juli 22,10, per August 22,30, per September-Dezember 22,60, per November-Februar 22,80. Roggen matt, per Juli 13,90, per November-Februar 14,00. Mehl weichend, per Juli 51,80, August 52,60, per September-Dezember 52,50, per November-Februar 52,50. Rüböl behauptet, per Juli 62,00, per August 62,50, per September-Dezember 63,50, per Januar-April —. Spiritus ruhig, per Juli 41,25, per August 42,00, per September-Dezember 42,50, per Januar-April 42,75. — Wetter: Heiß.

Paris, 11. Juli, Abends 6 Uhr. Rüböl fest, per Juli 62,20, per August 62,70, per September-Dezember 63,70, per Januar-April —. Mehl weichend, per Juli 51,60, per August 52,30, per September-Dezember 52,30, per November-Februar 52,30. Spiritus ruhig, per Juli 41,20, per August 41,70, per September-Dezember 42,50, per Januar-April 42,70.

Paris, 11. Juli, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Tendenz: Träge.

		Cours v. 10.
3% amortisirb. Rente	$86,17\frac{1}{2}$	86,00
3% Rente	83,35	83,40
$4\frac{1}{2}$% Anleihe	$104,57\frac{1}{2}$	104,55
Italienische 5% Rente	94,25	94,35
Oesterr. Goldrente	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{8}$
4% ungar. Goldrente	84,56	$84\frac{5}{8}$
4% Russen de 1880	89,20	89,00
4% Russen de 1889	88,70	88,50
4% unifiz. Egypter	449,37	448,43
4% Spanier äußere Anleihe	$72\frac{3}{4}$	$73\frac{1}{8}$
Convert. Türken	$16,07\frac{1}{2}$	16,15
Türkische Loose	—,—	59,50
5% privil. Türk.-Obligationen	445,00	—,—
Franzosen	485,00	485,00
Lombarden	262,50	261,25
„ Prioritäten	307,50	307,50
Banque ottomane	505,00	504,00
„ de Paris	715,00	716,25
„ d'escompte	501,25	503,75
Crédit foncier	1247,50	1252,50
„ mobilier	397,50	397,50
Meridional-Aktien	712,50	713,75
Panama-Kanal-Aktien	55,00	56,25
„ 5% Obligationen	45,00	48,00
Rio Tinto-Aktien	271,80	271,80
Suezkanal-Aktien	2250,00	2255,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt	$122\frac{1}{2}$	$122\frac{7}{16}$
Wechsel auf London kurz	25,14	25,15
Chèques auf London	25,15	$25,16\frac{1}{2}$
Comptoir d'Escompte 131.	98,00	100,00

Havre, 11. Juli. Vormittags 10 Uhr (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Hausse. Rio 9000 Sack, Santos 4000 Sack, Recettes für gestern.

Havre, 11. Juli, Vormittags 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) Kaffee good average Santos per Juli 85,00, per September 85,25, per Dezember 86,00. Ruhig.

London, 11. Juli. 96% Javazucker 25 träge, Rübenrohzucker $23\frac{5}{8}$ stetiger.

London, 11. Juli. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 11. Juli. Chili-Kupfer $41\frac{1}{4}$, per 3 Monat $40\frac{5}{8}$.

Newyork, 11. Juli. Wechsel auf London 4,86. Petroleum in Newyork 7,20, in Philadelphia 7,10, rohes (Marke Parkers) 7,30, Pipe line certificates — D. $92\frac{1}{4}$ C. Mehl 3 D. 25 C. Rother Winter-Weizen — D. $88\frac{1}{2}$ C. Weizen per laufenden Monat — D. $86\frac{5}{8}$ C., per August — D. $84\frac{7}{8}$ C., per Dezember — D. $87\frac{1}{2}$ C. Getreidefracht 3. Mais $43\frac{1}{2}$. Zucker $7\frac{3}{16}$. Schmalz loko 6,65. Kaffee loko fair Rio Nr. 3 $17\frac{1}{4}$, per August ord. Rio Nr. 7 14,37, per Oktober ord. Rio Nr. 7 14,52. Weizen (Anfangskours) per Dezember $87\frac{1}{2}$.

Telegraphische Depeschen.

Karlsruhe, 11. Juli. Der **Großherzog** empfing heute Mittag den persischen Gesandten **Mirza Reza Khan** zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Der Gesandte wurde darauf auch von der Frau Großherzogin empfangen und später zur Hoftafel gezogen.

Wien, 11. Juli. Nicht Generalmajor Alberi, wie hiesige Blätter melden, sondern **Vizeadmiral Pokorny** ist zum Statthalter von Triest ausersehen.

Wien, 11. Juli. Die **österreichische Delegation** hat in ihrer heutigen Plenarsitzung das Heeresbudget angenommen. — Die **ungarische Delegation** setzte ihre gestern angenommenen Voranschläge endgültig fest.

Brünn, 11. Juli. Die heutige Wiederaufnahme der Arbeit verlief ohne jede Störung. Gegen **6000 Arbeiter** sind in **18** Etablissements wieder angetreten; nur in dreien derselben streiken noch die Weber.

Paris, 11. Juli. Senat. Die **General-Diskussion** über das Budget wurde heute geschlossen. Hierauf folgte die Annahme des auf die Panama-Gesellschaft bezüglichen Gesetzentwurfs, jedoch unter Hinzufügung eines Artikels, so daß der Entwurf nochmals an die Deputirtenkammer zurückgehen muß. — Wegen eines gelegentlich der Budgetberathung vorgekommenen lebhaften Zwischenfalles zwischen **de Lareinty** und **Le Lièvre** hat letzterer jenem seine Zeugen geschickt.

Athen, 11. Juli. Die griechischen Blätter fordern die **Kretenser** eindringlichst auf, ihre unfruchtbare Agitation aufzugeben. Griechenland wünsche sehnlichst Frieden.

Aden, 11. Juli. Bei der Einfahrt in den inneren Hafen stieß der Messagerie-Dampfer „Anadyr" auf den Dampfer „Oxus". Ersterer sank, während letzterer unbeschädigt blieb. Passagiere und Post wurden gelandet.

Privat-Depeschen der Stettiner Zeitung.

Paris, 12. Juli. Laguerre wurde bei dem Ausgang aus dem Palais Bourbon von boulangistischen Deputirten und Journalisten freudig begrüßt, von anderen ausgezischt. Man glaubt, Leherisse beabsichtigt, sich heute aus der Kammer ausweisen zu lassen, andere Boulangisten wollen in den weiteren Sitzungen ebenso verfahren, um die Abstimmung über die Vorlage der mehrfachen Kandidaturen zu verhindern.